

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 73 (1993)  
**Heft:** 4  
  
**Rubrik:** Blickpunkte

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Föderalismus – kein Allheilmittel

Föderalismus als eine auf Machtteilung ausgerichtete «Philosophie» soll das möglichst *friktionslose Zusammenleben* verschiedener Kulturen, Sprachen und Rassen in einem Staat oder in einem übernationalen Integrationsgebilde sicherstellen. Er ist mithin auch – aber nicht nur – als ein Mittel zu verstehen, das die Entschärfung oder gar Lösung von Konflikten, insbesondere von Minoritätskonflikten, erreichen kann. Aus diesem Grunde ist es nicht erstaunlich, dass föderatives Denken in einer Welt, in der zahlreiche Minoritätskonflikte entweder offen ausgebrochen sind und mit ebenso brutalen wie blutigen Konfrontationen ausgetragen werden, oder in einzelnen Regionen und Ländern höchst ungemütliche politische Instabilität heraufbeschworen haben, starken *Auftrieb* erhalten hat. Und in der Tat liegt der Gedanke nahe, durch ein System der subtilen Aufgabenteilung den einzelnen Gruppen und Gliedern eines Staates oder einer übernationalen Institution gleichgewichtsfördernde *Selbstbestimmungsmöglichkeiten* zu geben bzw. ihnen durch eine politische Ordnung, in der konkordanzähnliche Mechanismen eingebaut sind, *mehr Einfluss zuzuspielen*, als ihnen allein aufgrund ihres Anteils an der Gesamtheit zustünde. Föderalismus wird also auch von der Bereitschaft einer Mehrheit getragen, auf einen *absoluten Machtanspruch* zu verzichten, wie er beispielsweise dann für die deutsche Schweiz zustande käme, wenn in unserem Staat ausschliesslich nach dem Mehrheitsprinzip entschieden würde.

Es ist keine Frage, dass die *Schweiz* auf diesem Gebiet, zufolge ihrer reichen *geschichtlichen Erfahrungen* im Umgang mit föderativen Instrumenten, nicht nur einiges zur internationalen Föderalismusdiskussion beitragen könnte, sondern die Entwicklung in Europa durchaus zu beeinflussen in der Lage wäre, wenn sie sich nicht isolieren, sondern mit einem gesunden Selbstbewusstsein in die entsprechenden politischen Ausmachungen einschalten würde. Dieser Zug scheint nun aber, mindestens vorläufig, abgefahren. Die Schweiz hat es seit dem Jahre 1848 verstanden, eine föderative Staatsordnung zu entwickeln und diese immer wieder, wenn bisweilen auch mühsam, den sich ändernden Bedingungen anzupassen. Historiker versichern übrigens, wohl zu Recht, dass föderalistisches Denken und Handeln nicht erst mit der Gründung des Bundesstaates in der Schweiz Einzug gehalten hat. Föderalistische Regeln des Zusammenlebens haben sich schon viel früher herausgebildet. Die Geschichte der Schweiz im letzten Jahrhundert lehrt aber auch, dass der Zusammenschluss zu grösseren staatlichen Gebilden mit einer grundsätzlich föderativen Struktur nicht notwendigerweise als Produkt eines natürlichen Entwicklungsprozesses aufzufassen ist, sondern meist eines mehr oder weniger sanften *äusseren Drucks* bedarf. Das war schon 1848 so. Die Gründung des schweizerischen Bundesstaates war kein Hurra-Ereignis. Und die Kantone als ehemals selbständige Republiken waren nicht ohne weiteres bereit, mit Blick auf das

grössere Ganze ihre Selbständigkeit unbesehen preiszugeben. Die «Integrationsdebatte» von damals zeigt manche Parallelen zu ihrer neuesten Variante im vergangenen Jahr.

Kommt weiter dazu, dass föderatives Zusammenleben realiter nur dann eine Chance hat, wenn bestimmte gesellschaftliche Bedingungen gegeben sind, insbesondere eine zwar nicht vollständige, aber doch weitgehende *Homogenität in den Wertvorstellungen*. Die einzelnen Glieder zeichnen sich zwar durch Eigenständigkeit, durch unterschiedliche Kulturen, Sprachen und Religionen aus; aber die Divergenzen dürfen auch wieder nicht so weit gehen, dass keine Gemeinsamkeiten mehr aufzuspüren sind. Und schliesslich gehört zum Föderalismus eine Entwicklungsstufe, in der *Toleranz* Platz hat.

In diesem Sinne ist Föderalismus ein Prozess, ein *Lernprozess* in erster Linie. Er setzt eine politische Kultur voraus, welche nicht nach Zentralisation drängt,

welche die kleine Gruppe respektiert, und die Vorzüge der Dezentralisation schätzt. Ein Land, das in seiner Geschichte hauptsächlich das zentralisierte Machtmonopol in all seinen Spielarten gekannt hat, tut sich mit föderativen Gedankengängen offensichtlich schwer; sie haben kein politisches Gewicht. Und dies dürfte denn auch der wesentliche Grund dafür sein, dass Kenner der ehemaligen Sowjetunion daran zweifeln, dass es gelingen könnte, den gewaltigen Problemen, die mit ihrer Auflösung in der Region entstanden sind, mit föderativen Überlegungen auch nur ansatzweise beizukommen.

Föderalismus ist – das muss wohl als Konsequenz einer Prüfung seiner Leistungsbedingungen und Leistungsmöglichkeiten herauspringen – *kein Allheilmittel*. In seiner praktischen Anwendung ist er vielmehr an Voraussetzungen gebunden. Wenn sie fehlen, stösst er ins Leere.

Willy Linder

## Faulender Zauber

Was zu einem *denkwürdigen Ereignis* in der Geschichte unseres Bundesrates hätte werden können, ist den eidgenössischen Räten *gründlich misslungen*. Mit der Wahl des hundertsten Mitgliedes in das seit 145 Jahren bestehende Siebnergremium – nebenbei ein statistischer Beleg für eine erstaunliche Kontinuität – ist schliesslich zwar alles erfüllt worden, was man sich gewünscht hatte: die Respektierung des welschen Minderheitsanspruchs, die längst fällige Berücksichtigung Genfs, die Erhaltung des parteipolitischen Gleichgewichts und – vor

allem – die hoffentlich nun dauerhafte Vertretung der Frauen in der Regierung.

Aber statt Freude herrscht eine Katerstimmung, deren Nachwirkungen wohl noch lange zu spüren sein werden. Wie das Ergebnis zustande kam, war des Parlaments und der Regierungsparteien *unwürdig*. Die Qualifikationen umfassten alle Varianten von «Schmierentheater» bis «Staatskrise». Als unbestritten kann gelten, dass die Einschätzung der Situation unzureichend, die Vorbereitung der Wahl dilettantisch, die Kommunikation innerhalb und zwischen den

an der Regierung beteiligten Fraktionen miserabel war. Um zuletzt eine akzeptable Lösung zu erzwingen, wurden nicht nur zwei Kandidaten auf demütigende Art geopfert, sondern auch die Glaubwürdigkeit der «politischen Klasse» nachhaltig beschädigt.

Was in der Abwicklung des Wahlgeschäfts schief gelaufen ist, hat man in den Analysen inzwischen fast bis zum Überdruß nachvollziehen können. Entscheidend war, dass man den *Anspruch der Frauen* anfänglich *massiv unterschätzt* hatte. Und mit der Bedenkfrist von einer Woche hat das Parlament seine Zuständigkeit und seine Entscheidungsfreiheit in einem Masse den Medien und der «Strasse» ausgeliefert, die populistischen Regungen Auftrieb verschaffen dürfte.

Trost finden die Protagonisten des trotz allem noch zustande gekommenen taktischen Deals mit einer anderen als der zuerst abgelehnten welschen sozialdemokratischen Frau darin, dass doch *wenigstens die Zauberformel gerettet* werden konnte. Zu befürchten ist jedoch, dass dieser teuer erkaufte Erfolg kaum mehr etwas einträgt. Denn wenn die Zauberformel nur noch in der Zusammensetzung der Regierung einigermaßen spielt, aber *nicht mehr getragen wird* von einer konstruktiven Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft in den Regierungsparteien, droht sie letztlich mehr zu blockieren als ein Konfrontationsmodell, das sich ja auch und vielleicht sogar offener der parlamentarischen und öffentlichen Auseinandersetzung stellen muss. Der Umgang mit den nicht an der Regierung beteiligten Grünen war für die bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren wohl kaum kontroverser als jener mit den Sozialdemokraten. In wirtschafts- und sozial-

politischen Fragen ist die Bereitschaft zur Verständigung prekär geworden, bezüglich der Landesverteidigung ist sie kaum mehr vorhanden. Strukturelle Reformen und Revitalisierungsbestrebungen sind unter den Kompromisszwängen der Zauberformel praktisch zum Scheitern verurteilt.

Die Zauberformel hat sich zweifellos bewährt, als es darum ging, einen sich vergrößernden Kuchen zu verteilen. Heute dient sie vorab der *Verteidigung von Besitzständen*. Ob sie tatsächlich geeignet ist, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Handlungsfähigkeit der politischen Führung zu gewährleisten, ist mehr denn je zweifelhaft. Wenn selbst Regierungsparteien kaum eine Gelegenheit auslassen, mit Referenden und Initiativen mühsam erarbeitete Kompromisse doch wieder in Frage zu stellen, *verliert die Zauberformel ihren Sinn*.

So verwundert es denn nicht, dass die seit über 30 Jahren bestehende Formel der Regierungszusammensetzung zunehmend in Frage gestellt wird. Sie wird vor allem dadurch noch zusammengehalten, dass die Attacken bisher von den ausfransenden Rändern des politischen Spektrums aus geführt wurden und dass dahinter *keine mehrheitsfähige Alternative*, sondern die Lust an populistischer Polarisierung und mediengerechtem Spektakel stand. Dass man sich bei einer Einzelvakanz in der Regierung nicht dazu hinreissen liess, ad hoc und ohne ein strategisches Konzept die eingespielten Mechanismen über Bord zu werfen, ist verständlich. Aber man darf trotzdem nicht übersehen, dass der Zauber der starren Formel *faul geworden* ist und nach einer grundsätzlichen Überprüfung ruft. Es wäre ja auch denkbar, dass man die von zu vielen Kriterien eingengegte Auswahl geeigneter Persönlichkeiten flexibler handhabt, ohne gleich

das Prinzip der Kooperation fallenzulassen.

Dies um so mehr, als die Zauberformel nun durch den Anspruch der Frauen erweitert worden ist, dem das Verhältnis von sechs zu eins auf die Dauer wohl nicht genügen wird. Noch einmal hat sie

damit – unter dem Druck von aussen – eine weitere Integrationsfunktion erfüllen können. Mit Formeln ohne Inhalte aber lässt sich die Eidgenossenschaft nicht führen. Die hundertste Bundesratswahl war ein *Alarmzeichen*, das ernst genommen werden muss.

Ulrich Pfister

## Interventionismus und Korruption

*Selbst das sonst so biedere Zürich befasst sich derzeit mit Korruptionsfällen in der öffentlichen Verwaltung. Ein für die Erteilung von Wirtshaus-Patenten (Gasthaus-Lizenzen) zuständiger Beamter der Stadtverwaltung steht unter Anklage, sich um Millionenbeträge bereichert zu haben.*

Korruptionsskandale sind heute in vielen Ländern Europas an der Tagesordnung, wobei auffällt, dass Politiker, die dem starken Staat in der Wirtschaft das Wort zu reden pflegen, besonders korruptionsanfällig erscheinen.

Korruption ist für jede Gesellschaft ein rasch wuchernder, tödlicher Krebs. Sie entwürdigt und kriminalisiert Geber wie Nehmer und trägt zu einer allgemeinen Vergiftung des politischen Klimas bei. Hat sich dieser Krebs erst einmal festgefressen, wird häufig auch dann von Korruption gesprochen und gemunkelt, wenn es gar nicht zu gesetzeswidrigen Handlungen gekommen ist. Es wird «in», über Korruption zu klagen und generell «die» Politiker und «die» Verwaltung als korrupt abzuqualifizieren. Politik- und Parteienverdrossenheit finden hier einen reichen Nährboden.

Es ist ein Zeichen politischer Unterentwicklung, wenn mündige Bürger

Korruption als Schicksal hinnehmen. Hat sich erst einmal die Meinung festgesetzt, es liessen sich staatliche Dienstleistungen, Bewilligungen oder Aufträge vorzugsweise über den Geldkoffer erhalten, ist der Rechtsstaat in seinem Kern verfault.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist der Krebs der Korruption besonders gefährlich, nicht nur weil der Wettbewerb um knappe Ressourcen schärfer wird, sondern auch weil von Arbeitsplatz- und Einkommenssorgen geplagte Bürger die illegale Bereicherung der Mächtigen als besonders anstössig empfinden.

Die Instrumente zur wirksamen, auch prophylaktischen Bekämpfung der Korruption sind einfach und stehen jedem, der sie nutzen will, zur Verfügung. Es sind dies *Machtkontrolle* und die drastische *Verminderung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft*.

Unternehmen rechnen spitz, und keinem Unternehmer würde es einfallen, einem Politiker oder einem Beamten Schmiergelder zu geben, falls er sich davon nicht konkrete Vorteile versprechen kann.

Bestechliche und Bestechungswillige sind in jeder Gesellschaft latent vorhan-



den, vielleicht liesse sich sogar ein konstanter Anteil empirisch ermitteln. Wieviel Korruption es *tatsächlich* gibt, hängt nicht so sehr von der moralischen Qualität einer Gesellschaft ab oder von der Abschreckung und Prävention ihrer Strafjustiz als von den politischen Strukturen, welche Bestechung provozieren und überflüssig machen.

Je intensiver die Reglementierung und je engmaschiger das Netz von Verboten und Ausnahmen, desto grösser die Versuchung. Umgekehrt bietet eine Wirtschaft wenig Anlass zur Korruption, die nach den Grundsätzen des liberalen Manifests «Bürger zur Freiheit» konzipiert wäre:

*«Wir wollen eine Wirtschaft, die der Mehrung von Freiheit, Selbstverantwortung und Privateigentum dient. Nur sie schafft einen hohen Wohlstand aller Bürger. Daher muss die Wirtschaft von allen staatlichen Zwängen befreit werden. Alles Wirtschaften geht vom Bürger aus und nicht vom Staat.»*

Im Falle der eingangs erwähnten Patente bedeutet dieser Grundsatz fol-

gendes: Am konsequentesten wäre es, Wirtschaftspatente, die nicht rein polizeilich motiviert sind, überhaupt abzuschaffen. Ist dies politisch nicht durchsetzbar, so sollte die Vergabe solcher Lizenzen über den Markt durch öffentliche Versteigerung erfolgen. Um Monopole zu verhindern, bedarf es lediglich der Vorschrift, dass Lizenzen nicht gehortet werden dürfen, sondern einmal erworben, auch ausgeübt werden müssen. Um Marktdurchlässigkeit zu gewährleisten, könnten Lizenzen nur zeitlich begrenzt vergeben und nach Ablauf ihrer Geltungsdauer wieder der öffentlichen Versteigerung zugeführt werden.

Die Wirtschaftspatente (Gasthaus-Lizenz) sind nur eines von vielen Beispielen. Dasselbe Verfahren lässt sich grundsätzlich in allen Bereichen, in welchen der Staat gemäss Gesetz noch mit der Vergabe von Lizenzen und Patenten betraut ist, anwenden. Korruption würde dadurch unnötig und überflüssig.

*Urs Schoettli*

## Ein kulturelles Ereignis

Im *Schweizerischen Literaturarchiv* in Bern fand Ende Februar eine kleine Feier zu Ehren des Tessiner Schriftstellers *Giovanni Orelli* statt, der als erster Autor der italienischen Schweiz seinen Nachlass der Eidgenossenschaft geschenkt und dem Literaturarchiv bereits grosse Bestände seiner Entwürfe, Manuskripte und Briefe sowie andere Materialien übergeben hat. Der Empfang, der mit einer Lesung Orellis und

mit der Premiere der Zeitschrift des Literaturarchivs, *Quarto*, verbunden war, zeitigte pflichtgemässe Berichterstattungen in den Berner Lokalzeitungen, ein paar Korrespondentenberichte in überregionalen Blättern und eine knappe Meldung der Depeschagentur. Die Medienresonanz des Anlasses hielt sich in Grenzen. Man wird sie angemessen finden. Dennoch haben wir allen Grund, den Umstand, dem die

kleine Feier im Schweizerischen Literaturarchiv galt, als ein kulturelles Ereignis zu verstehen, als ein Beispiel, das in Zeiten überall ausbrechender ethnischer Konflikte und separatistischer Tendenz zeigt, was auch möglich wäre. Tschechen und Slowaken haben sich in zwei Staaten getrennt, obgleich sie eine gemeinsame Vergangenheit haben. Werden sie nun auch ihre Kulturen gegeneinander abschotten? Die Zeichen stehen in Europa nicht danach, dass sich die Kulturen begegnen und in ihrer Verschiedenheit den Reichtum des Ganzen sichtbar werden lassen. Der Schritt, den Giovanni Orelli gemacht hat und der uns Schweizern vielleicht schon fast als selbstverständlich erscheinen mag, ist durchaus nicht ein Schritt im Zuge gleichgerichteter europäischer Entwicklungen, sondern gegenläufig zu ihnen. Eben darum scheint mir der Anlass im Literaturarchiv wichtiger, als sein Medienecho vermuten liesse.

Am Tag, da er stattfand, brachten die grossen Feuilletons und die Kulturprogramme der Medien ausführliche Besprechungen der Uraufführung von «*Alpenglühen*», dem neuesten Werk von Peter Turrini am Wiener Burgtheater. Viel Aufmerksamkeit und Gerede – schon vor der umstrittenen Premiere in Berlin – wurde auch dem Leitartikel-Theater «*Wessis in Weimar*» von Rolf Hochhuth zuteil.

Die Prominenz der Theaterkritik aus nah und fern fand sich am einen wie am andern Ort zu diesen Kulturereignissen ein und sorgte dafür, dass diejenigen, die nicht dabeisein konnten, über Gelingen oder Scheitern informiert wurden. Turrinis Stück liegt im Druck vor, eine szenische Persiflage verlogener Sentimentalität, ein Zwitter aus Heimattheater und theatralischem Verwirrspiel, aus vorgegaukeltem Tiefsinn und bierern-

ster Frozzelei, dem Vernehmen nach von hervorragenden Schauspielern gekonnt und genüsslich zelebriert, getreu dem Schlusswort der männlichen Hauptfigur: «*Wir sind im Olymp. Wir sind die Götter. Die Theatergötter. Wir müssen spielen.*» Hochhuths Botschaft dagegen scheint den Darstellern selbst diese Möglichkeit zu versagen. In Berlin gab's Krach zwischen Hochhuth und seinem Regisseur, weil der Theatermann gravierende Veränderungen des Textes vornahm. Über die zweite, die vom Autor als authentisch bezeichnete Hamburger Inszenierung schreibt ein Kritiker, die Figuren seien «*Zettelkastenzombies, (...) die Osis noble Betrogene, die Wessis geldgeile Fieslinge.*»

Inkommensurables soll hier nicht verglichen werden. Wollte man dem Echo in den Medien vertrauen, wären die beiden Uraufführungen Kulturereignisse von besonderem Interesse, der Anlass im Foyer des Berner Literaturarchivs dagegen eine Sache von verhältnismässig geringer Bedeutung. Ich meine dagegen, sie verdiene Beachtung und Ausstrahlung. Giovanni Orellis Entscheidung für Bern, nicht zum Beispiel für den *Fondo Manuscritti* der Universität von Pavia, auch nicht für die Kantonsbibliothek in Lugano, ist klar politischer Natur. Sie richtet sich gegen den kleintlichen Nationalismus, gegen das Zerbröckeln des gemeinsamen Willens zur staatlichen Gemeinschaft im Namen ethnischer Abgrenzungswünsche. Sie will die «Staatsbürgernation» Schweiz stärken, die Gemeinschaft unterschiedlicher Sprachgebiete und Kulturen. Giovanni Orelli ist im übrigen kein bequemer Autor, kein «Ländchenvergolder», sondern ein kritischer Zeitgenosse und ein Satiriker, der da, wo grosse Gefühle ins Pathetische umzukippen drohen, den aufklärerischen Witz ins Feld führt.

Eben darum vielleicht distanziert er sich von seinem engeren Landsmann *Francesco Chiesa*, der sich die Schweiz seinerzeit viel lieber als einen Bund autonomer Regionen vorgestellt hätte. Auch von *Dürrenmatt* und seinem Gleichnis von der Schweiz als Gefängnis nimmt Orelli in dieser Sache Abstand. Nach seiner Überzeugung ist die ethnische Herkunft, in seinem Fall die Italianità, kein Hindernis, wenn man sich auf die

«bürgerlich-territorialen» Gemeinsamkeiten besinnt, auf das eben, was die Schweizer seit Jahrhunderten gemeinsam haben, «*nel male e nel bene*».

Darf man dieses Credo eines Tessiner Intellektuellen und Schriftstellers nicht ein kulturelles Ereignis nennen? Auch wenn man hierzulande nicht allzuviel Aufhebens davon macht, selbstverständlich ist es jedenfalls nicht.

*Anton Krättli*

---

**Zu jedem Vertrag liefert Ihnen  
die «Winterthur» ein ganzes Paket  
erstklassiger Dienstleistungen.**



**winterthur**

Von uns dürfen Sie mehr erwarten.

---